

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 38

Ersteinst. Sonntags.  
Zugangspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 19. September 1926

Verlagsschleife: Berlin G. 2, Neuer Markt 5-12 IV  
Fernruf: Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

## Die Arbeit unseres Verbandes!

Gerade noch zur rechten Zeit, um als gutes Werbematerial für die Arbeit in der Agitationswoche benutzt werden zu können, ist der Jahresbericht unseres Verbandsvorstandes an unsere Gau- und Ortsverwaltungen zur Weitergabe an die dafür interessierten Mitglieder versandt worden. Nichts ist ja besser geeignet, die Aufklärungsarbeit unter der großen Schar der unorganisierten Berufsangehörigen zu unterstützen, wie die zahlenmäßigen Feststellungen über das Arbeiten unseres Verbandes zur Hebung der Lebenslage seiner Mitglieder. Denn tausendfältig ist schon der Nachweis erbracht, daß die Arbeit unseres Verbandes nicht nur Arbeit für die ihm angeschlossenen Mitglieder, sondern für alle Berufsangehörigen darstellt. Seine Tätigkeit übt ihre segensreiche Wirkung auch auf die Unorganisierten aus, wie jeder einzelne zur Genüge weiß. Das zeigt auch der jetzt vorliegende Bericht in seinem Abschnitt über

### die Tarif- und Lohnbewegungen.

Durch die acht Reichstarife, die von unserem Verband selbständig oder in Verbindung mit anderen Organisationen abgeschlossen sind, werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen für 76 408 Personen geregelt, von denen nur 40 621 Mitglieder unseres Verbandes sind. Fünf Bezirksstarife gelten für 3771 Personen, von denen nur 1454 in unserem Verband organisiert sind. 28 örtliche Tarife sind abgeschlossen für 10 507 Personen, davon nur 5662 Verbandsmitglieder und die 18 sonstigen Tarife, an denen unser Verband mitbeteiligt ist, haben Geltung für 10 045 Personen, von denen 6889 die Mitgliedschaft in unserem Verband verzeichnen können. Zusammengefaßt läßt sich also sagen, daß durch das Arbeiten unseres Verbandes die Lohn- und Arbeitsbedingungen für 100 731 Personen durch Tarif- und Lohnverträge, fast zum größten Teil in allgemeinverbindlicher Form, geregelt sind, von denen am Schlusse des vergangenen Jahres nur 54 626 in unserem Verband organisiert waren. Nahezu die Hälfte aller an unseren Tarif- und Lohnverträgen beteiligten Personen nehmen, ohne Opfer zu bringen, teil an der Arbeit unseres Verbandes. Diese Nutznießer der Arbeit anderer auf das Schändliche ihrer Haltung aufmerksam zu machen, ist zum Aufgeben ihres der Freibeuterei ähnlichen Tuns zu veranlassen, ist die dringende Aufgabe unserer Mitglieder selbst, die mit ihnen am gleichen Wertisch zu-

sammen arbeiten. Nicht nur, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich durch die Arbeit unseres Verbandes festgelegt sind, die

### Verbesserung der Lebenslage

der an diesen Verträgen Beteiligten ist durch die vertragliche Festlegung ganz bedeutend und für jeden klar erkennbar gesteigert worden. Der materielle Erfolg unserer Lohnbewegungen zeigt für 194 151 Personen eine Lohnsteigerung um 428 766 Mk. pro Woche. Nach Ausschneiden der Doppelzahlungen der an den Lohnbewegungen beteiligten Personen ergibt sich im Durchschnitt für jeden Kollegen eine wöchentliche Lohnzulage von 7,30 Mk., für jede Kollegin von 4,20 Mk.

Dieser Fortschritt in der materiellen Bewertung der Arbeitskraft des einzelnen ist der Haltung jener 54 626 Kollegen und Kolleginnen zu danken, die in der Erkenntnis der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses das Opfer der wöchentlichen Beitragszahlung nicht scheuten und dadurch dem Verband den erforderlichen Rückhalt gaben, den Unternehmern in einer Unzahl einzelner Verhandlungen das abzurufen, was nunmehr als Frucht ihrer Bemühungen vor uns liegt. Um wieviel besser hätten die Erfolge sein können, wenn auch die 46 105 Unorganisierten, die heute von der Arbeit unseres Verbandes mitleben, die Beitragsleistung an den Verband nicht gescheut, sondern bewußt die Kampffront unserer organisierten Kollegenschaft gestärkt hätten. Nur wenn er muß, wenn er gezwungen werden kann, macht der Unternehmer Zugeständnisse, die um so größer sein werden, je lückenloser ihm die Arbeiterschaft gegenübersteht. Diese 46 105 Nutznießer unserer Tarif- und Lohnverträge sind die Bremsklöße gewesen, die größere Erfolge hinderten. Ihr Verbandsmitglieder, klärt sie über das Gemeingefährliche ihrer Haltung auf. Wo sie zu finden sind, das ist an anderer Stelle dieser Zeitung gesagt.

Mit jedem Unorganisierten, den ihr unserem Verbands zuführt, sicher ihr auch einen größeren Anteil am Ertrage eurer eigenen Arbeit.

Wie bodentös erbärmlich die Unorganisierten handeln, wenn sie, ohne zu einem Opfer bereit zu sein, die Erfolge unseres Verbandes stillschweigend mitzugenießen, zeigt die Tatsache, daß angesichts der Steigerung der Löhne, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen allgemein die Beitragsfrage überhaupt nicht von

Bedeutung ist. Abgesehen von der sozialen und moralischen Aufgabe der Arbeiterklasse, die jeden Arbeiter, der nicht schmarotzen will, zwingt, sich zu organisieren, gibt es auch, rein egoistisch-materiell gesehen, für unsere Kollegen und Kolleginnen keine bessere Geldanlage, wie die Beitragszahlung an die Organisation. Zahlen beweisen: Im Jahre 1925 zahlte im Durchschnitt jedes männliche Mitglied einen Beitrag von 92 Pf. und erhielt dafür eine Lohn-erhöhung von 7,30 Mk. Jede Kollegin zahlte im Durchschnitt 48 Pf. und erhielt dafür eine Lohnerhöhung von 4,20 Mk. Der jährlichen Beitragsleistung aller Mitglieder in Höhe von 1 427 000 Mk. steht eine Lohnerhöhung für fast alle Berufsangehörigen von 22½ Millionen Mark gegenüber!

Daß ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß notwendig ist, wissen natürlich auch unsere Unorganisierten sehr genau, daß die Erfolge des Verbandes mit der Geschlossenheit der Organisation größere werden, ist ihnen bekannt. Nicht ohne Grund verzeichnen unsere Verbände in Zeiten von Tarif- und Lohnbewegungen einen größeren Zustrom von Mitgliedern. Ein momentan auftauchendes Schamgefühl zwingt jährlich Tausende, ihren Beitritt zum Verband zu vollziehen, und wenn das fast regelmäßig vor Tarif- und Lohnbewegungen geschieht, dann ist das nur ein Zeichen dafür, daß sich das Heer der Unorganisierten bewußt ist, daß ihre Mithilfe den Erfolg verstärkt. Sie wollen jedoch nicht begreifen, daß gleich uns auch den Unternehmern bekannt ist, wie ein Strohfeuer recht schnell wieder verflackert und daß unsere Unternehmer auf diese gewerkschaftlichen Eintagsfliegen aber auch gar nichts geben, genau so wenig, wie unsere langjährigen Verbandsmitglieder eine besondere Hochachtung vor ihnen haben können. Die Redensart: „Macht nur etwas, dann bin ich schon dabei!“ ist die verächtlichste, die ein von seiner Hände Arbeit Lebender gebrauchen kann. Und darum sind die diesen Tausende, die alljährlich unserem Verbands beitreten, nach kurzer Gastrolle, nämlich dann, wenn der Verband ihnen wieder einmal eine Lohnzulage gebracht hat, wieder von der Bildfläche verschwunden, keine Hilfe in der Arbeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, kein Mittel, um die Erfolge größer werden zu lassen, sondern vielmehr das Gegenteil. Auch diese Kometen am gewerkschaftlichen Himmel hemmen und hindern uns in unserer Arbeit infolge ihrer Unbeständig-

# Wo steht der Feind?

teil ganz ungemain. Das zeigt sich darin, daß im Vorjahre 25 730 Personen ihren Beitritt in unseren Verband vollzogen haben, aber 29 074 wieder ausgeschieden sind. Der allergrößte Teil von diesen hat in der kurzen Gastrolle in unserem Verbands ein Stück Pflichterfüllung gesehen, die sich erledigte, nachdem die Lohnzulage im Lohnbuch vermerkt war. Daß sie dadurch nicht nur die Erfolge unserer Arbeit stark beschränkten, die Stoßkraft des Verbandes schwächten, sondern auch eine große Gefahr für das Halten unserer Fortschritte darstellen, kümmert sie nicht. Feig und erbärmlich ist ihre Haltung sich selbst und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gegenüber. Helle Freude nur machen sie den Unternehmern, die aus ihrer Haltung die richtige Nutzenanwendung für sich selbst ziehen können.

**Welchen Erfolg müßte unsere gewerkschaftliche Arbeit haben, wenn wir nicht nur mit knapp 50 000 Mitgliedern den festorganisierten Unternehmern gegenüber treten könnten, sondern mit 120 000, wie es sehr wohl möglich wäre, wenn jeder Kollege, jede Kollegin die selbstverständliche Pflicht des Zusammenschlusses aller Arbeitskräfte erfüllen würde.**

## Der Arbeitsmarkt im August.

Die fast reiflos vorliegenden Berichte der Zahlstellen über den Arbeitsmarkt erwecken in ihrer Gesamtheit den Anschein, als ob die Lage des Arbeitsmarktes sich nicht unwesentlich gebessert habe, da die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zusammen um 1600 zurückgegangen ist. Während wir im Vormonat noch 25 817 oder 52,3 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter zählten, beträgt ihre Zahl jetzt 24 231 = 47,9 Proz. Bei näherer Untersuchung erkennt man jedoch, daß in Wirklichkeit eher von einer Verschärfung der Lage des Arbeitsmarktes gesprochen werden kann; denn die Zahl der Arbeitslosen ist um 864 gestiegen, und zwar von 7991 = 16,2 Proz. auf 8855 = 17,5 Proz. Insbesondere partizipieren hieran die weiblichen Arbeitslosen, deren Ziffer um 733 gestiegen ist. Insgesamt wurden am Stichtage 2950 = 17,2 Proz. männliche und 5905 oder 17,7 Proz. weibliche Arbeitslose gezählt, gegenüber 16,7 bzw. 15,9 Proz. im Vormonat. Nur die Zahl der Kurzarbeiter ist sehr erheblich, nämlich um 2450, zurückgegangen. Und zwar wurden in 98 Orten 4755 = 27,6 Proz. männliche und 10 621 = 31,9 Proz. weibliche Kurzarbeiter vermittelt, so daß insgesamt 7705 oder 44,8 Proz. männliche und 16 526 = 49,6 Proz. weibliche Mitglieder von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Eine Untersuchung des Arbeitsmarktes in elf unserer größten Zahlstellen zeigt ein sehr unterschiedliches Bild. Während Berlin mit 18,5 Proz. Arbeitslosen und 32 Proz. Kurzarbeitern dem Reichsdurchschnitt sehr nahe kommt, geht Leipzig mit 21,9 Proz. Arbeitslosen und 60,8 Proz. Kurzarbeitern weit über dieses Maß hinaus, so daß also in Leipzig nur 17 Proz. der Kollegenschaft voll beschäftigt sind. Den niedrigsten Stand an Arbeitslosen und Kurzarbeitern hat München mit 27,3 Prozent. Eine nähere Uebersicht über die Verhältnisse in den erwähnten elf Zahlstellen zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

	Mitglieder	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Arbeitslose u. Kurzarb. insgesamt
		Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	
Berlin . . . . .	8352	18,5	32,0	50,5		
Leipzig . . . . .	6520	21,0	60,8	82,7		
Dresden . . . . .	4312	21,8	17,2	39,0		
Chemnitz . . . . .	777	10,6	53,7	64,3		
Stuttgart . . . . .	1786	16,4	49,6	66,0		
München . . . . .	1682	9,0	18,3	27,3		
Nürnberg . . . . .	1705	21,8	19,6	41,4		
Frankfurt a. M. . . . .	1286	19,7	28,1	47,8		
Hannover . . . . .	1979	34,6	38,3	72,8		
Bielefeld . . . . .	807	6,3	34,5	40,7		
Hamburg . . . . .	2478	24,0	14,1	38,1		

Welche gewaltige agitatorische Arbeit in den einzelnen Gauen unseres Verbandes noch geleistet werden muß, um die noch fernstehenden Berufsangehörigen dem Verbands einzugliedern, zeigt das im Jahresbericht des Verbandsvorstandes für 1925 zusammengetragene Material.

Um die Jahreswende 1925/26 wurde eine Branchenstatistik aufgenommen, die ein verhältnismäßig gutes Resultat gezeitigt hat, das den Schätzungen unserer Organisation, gestützt auf die Betriebszählung von 1907 und unsere statistischen Erhebungen vom Jahre 1910 und der inzwischen eingetretenen Vergrößerung der Zahl der Berufsangehörigen, verhältnismäßig nahe kommt.

Nach der Betriebszählung von 1907 wurden 85 366 Arbeitnehmer in der Buchbinderei und der Kartomagenindustrie festgestellt. Nach unserer Statistik von 1910 wurden 90 463 Personen in diesen beiden Gruppen gezählt. Unter Hinzurechnung der übrigen von unserer Organisation vertretenen Berufsgruppen wurde durch die Statistik von 1910 die Zahl der organisationsfähigen Berufsangehörigen mit 101 795 Personen als vorläufig geschätzt angenommen. Seit 1910 dürfte aber eine weitere Zunahme der Arbeitnehmer in der Papier verarbeitenden Industrie stattgefunden haben, so daß wir die Gesamtzahl der organisationsfähigen Berufsangehörigen auf 120 000 bis 125 000 schätzen. Da durch die Branchenstatistik laut Jahresbericht 108 984 Personen festgestellt sind, dürfte die schätzungsweise angenommene Zahl von 120 000 bis 125 000 nicht allzu abwegig sein. Die Ergebnisse der im Juni 1925 vorgenommenen amtlichen Berufs- und Betriebszählung, die bald zu erwarten sind, werden uns zeigen, wie weit unsere Schätzung mit der Wirklichkeit in Uebereinstimmung sich befindet. Doch bleiben wir bei den anzustellenden Vergleichen bei den von uns durch die Berufsstatistik festgestellten Zahlen

und messen daran ab, was dem Verband an Berufsangehörigen noch fernsteht.

Den 108 984 Personen, die für den Verband als organisationsfähig in Frage kommen, stehen 49 958 Mitglieder des Verbandes gegenüber, das sind 45,8 Prozent. Dem Verband stehen mithin noch fern 59 026 Personen gleich 54,2 Prozent. Daß an die noch fernstehenden herangefommen werden kann, zeigt die Mitgliederzahl vom Ende des Jahres 1922 mit 98 810 gleich 91,5 Prozent der Berufsangehörigen. Mag es auch schwer sein, alle die Kollegen und Kolleginnen wiederzuholen, dann darf doch nichts unversucht bleiben, der einmal gehaltenen Mitgliederzahl wieder näher zu kommen.

Vergleicht man die Mitgliederzahlen in den einzelnen Gauen mit der festgestellten Zahl der Berufsangehörigen, dann fallen die gewaltigen Unterschiede in dem prozentualen Verhältnis besonders auf. Der am schlechtesten organisierte Gau ist Rheintand links des Rheins mit 12 Prozent, ihm folgt Rheinland-Westfalen mit 25,2 Prozent und dann Schlesien mit 31,6 Prozent. Württemberg und Baden haben es auf 33,8 Proz. gebracht und Hannover auf 39,4 Prozent. Der Gau Thüringen hat 40,9 Prozent organisiert, der Gau Nordosten 41,8 Prozent, ihm folgt Hessen und Pfalz mit 49,7 Prozent. Der Gau Nord-Bayern zählt 56 Prozent Organisierte, Magdeburg 57,5 Prozent, Süd-Bayern zählt 58,2 Prozent, Sachsen 59,8 Prozent und der Gau Hanja hat es auf 60,5 Prozent gebracht.

Diese Gegenüberstellungen müssen für die zurückgebliebenen Gauen Veranlassung sein, mehr denn bisher dafür Sorge zu tragen, daß das Organisationsverhältnis ein besseres wird und für die Fortgeschrittenen, die 50 Prozent bereits überschritten haben, sei sie ein weiterer Ansporn, nicht zu erlahmen, bis das Ziel der reiflosen Erfassung der Berufsangehörigen erreicht ist. Unsere Branchenstatistik zeigt uns, wo der Feind steht, gegen den wir anzukämpfen haben. X.

Der Durchschnitt ergibt in diesen Zahlstellen 20 Proz. Arbeitslose und 35 Proz. Kurzarbeiter, so daß noch immer weit über die Hälfte der Arbeiterschaft nicht voll beschäftigt ist.

Ein ähnlich ungünstiges Bild zeigen auch die Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben. Von den berichtenden 140 Betrieben mit 16 112 Beschäftigten hatten nur 4345 der letzteren oder 27 Proz. einen guten Geschäftsgang; für 6159 = 38 Proz. wurde befriedigende Beschäftigung gemeldet, während 5608 = 35 Proz. einen schlechten Geschäftsgang hatten.

Nicht berichtet haben trotz wiederholter Mahnung die Zahlstellen Trier, Mainz und Augsburg.

Am internationalen Arbeitsmarkt für das Buchbindergewerbe und die Papierverarbeitung wird Deutschland mit der schlechten Lage nur noch übertroffen von Jugoslawien, das bei seinen 900 Mitgliedern 199 = 22 Proz. Arbeitslose hatte und Oesterreich, das bei 4664 Mitgliedern 972 = 20,8 Proz. Arbeitslose aufwies. Die einzelnen Bruderverbände, von denen Berichte vorlagen, hatten nach dem Mitteilungsblatt der internationalen Buchbinder-Föderation Ende Juli folgenden Stand an Arbeitslosen aufzuweisen:

	Arbeitslose pro 100 Mitglieder		auf 7.
	männl.	weibl.	
1. Belgien . . . . .	3,2	6,2	4,7
2. Deutschland . . . . .	16,3	17,3	17,0
3. Holland . . . . .	14,0	0,8	11,6
4. Jugoslawien . . . . .	27,0	18,5	22,0
5. Oesterreich . . . . .	20,6	21,0	20,8
6. Tschechoslowakei (Prag) . . . . .	7,5	4,2	5,4
7. Schweiz . . . . .	3,8	2,5	3,4
8. Spanien . . . . .	5,0	10,0	5,8
9. Ungarn . . . . .	20,6	2,5	7,1

Von den drei skandinavischen Ländern lagen leider

keine Berichte vor. Doch dürfte die Annahme berechtigt sein, daß die Arbeitslosigkeit dort noch in ähnlich starkem Maße wie in Jugoslawien und Oesterreich besteht, da in den ganzen letzten Monaten, für die Berichte vorlagen, auch dort eine so starke Arbeitslosigkeit beherrschte. X.

## Brieg - Striegau - Habelschwerdt.

In Nr. 37 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir berichtet, daß der „Api“-Reichstarif für allgemeinverbindlich erklärt worden ist und wir knüpfen an die Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung einige kritische Bemerkungen, da sie bei ihrer Entscheidung die obengenannten Plätze von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen hat. Mit dieser Kritik an der Arbeitsverwaltung allein kann nun die Angelegenheit nicht als erledigt angesehen werden, sondern die Gerechtigkeit nach jeder Seite hin erfordert, daß auch der Sünden gedacht werden, die im Verlaufe des Tarifstreites von der Arbeiterschaft begangen wurden.

Wie steht es nach der Richtung hin um den größten Platz, die Stadt Brieg? Seit Jahrzehnten ist die Leitung der Organisation immer und immer wieder bemüht gewesen, für die gegen tausend Berufsangehörigen, die in zwei Fabriken (Seinze und Voewenthal) beschäftigt werden, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es soll offen zugegeben werden, daß dieses nicht nur allein im Interesse der Brieger Arbeiterschaft geschah, sondern uns leitete dabei natürlich auch die Interessen unserer Kollegenschaft im übrigen Teil des Reiches. Es darf nämlich nicht verkannt werden, daß die beiden Brieger Fabriken schon seit vielen Jahren auf Grund ihrer hundemiserablen Löhne in der Lage waren, die schmutzigste Konkurrenz zu treiben und sie taten dies in überreichem Maße. Dadurch aber wurden natürlicherweise die in den übrigen Plätzen des Reiches viel



# Hoher Lohn senkt die Unkosten — niedriger Lohn bringt Preiserhöhung.

Die Unternehmer glauben bekanntlich, nur durch Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne eine Verbilligung der Preise herbeiführen zu können. Von Gewerkschaftsseite ist stets darauf hingewiesen worden, daß das Gegenteil richtig ist. Wir wollen heute zwei Beispiele dafür anführen.

Während der englische Bergbau vor seiner jetzigen Aussperrung erst 91 Proz. seiner Friedensleistung erreicht hatte, gelang es seinem größten Konkurrenten, dem Ruhrbergbau, nicht nur den vollen Friedensstand zu erreichen, sondern die Leistung stieg pro Mann und Schicht von 938 kg im 1913 auf 1130 kg im Juni 1926, trotzdem die Schichtzeit heute eine halbe Stunde kürzer ist als im Jahre 1913/14. Allein vom Oktober 1925 bis Juni 1926 stieg der Anteil von 999 kg um weitere 131 kg. Obwohl im Oktober für den Ruhrbergbau eine Lohn-erhöhung von etwa 6 Proz. in Kraft trat, ist der Lohnanteil je geförderte Tonne Kohlen von 7,77 auf 7,50 Mk. gesunken! Also trotz Lohnerhöhung eine immerhin ansprechende Senkung der Kosten!

Eine ähnliche Beobachtung macht man auf dem Baumarkt. Allgemein bekannt ist der Kampf der Schwerindustrie gegen die „zu hohen“ Bauarbeiterlöhne. Diese Löhne sind seit Januar 1924 ununterbrochen gestiegen. Erst im Jahre 1926 (Juni/Juli) hatten die Abbaubetriebe der Unternehmer teilweise Erfolg. Nun ist folgendes von Interesse: Der Bauindex ist langsam aber ständig gefallen. Noch vom Januar bis Juni 1926 verminderte sich die Punktzahl von 167 auf 157. Das war am 3. Juli 1926. Hier setzte der Lohnabbau ein — am 17. Juli war der Index von 157 auf 158 gestiegen! Heute melden alle Blätter ein

weiteres Anziehen der Baupreise — trotz der Lohnkürzungen.

In der „Frankfurter Zeitung“ berichtet der technische Direktor der bekannten chemischen Fabrik Gentner, Göppingen, über „Wege der Rationalisierung“. Dort wurde eine Leistungssteigerung von 200 Proz. mit einer Belegschaft erzielt, die auf ein Drittel ihres früheren Standes vermindert war. Ueberdies wurde die Arbeitszeit pro Woche von 50 auf 42 Stunden herabgesetzt. Von der Besserstellung der Arbeiter berichtet der Verfasser: „Die durch die verringerte Arbeiterzahl erzielten Ersparnisse haben es ermöglicht, wesentlich höhere Löhne zu zahlen als früher. Männliche Arbeiter verdienen 35 bis 40 Proz. über den üblichen Lohnsatz, weibliche 70 bis 80 Proz. darüber. Die Möglichkeit, einen hohen Tagesverdienst zu erzielen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Lohnsätze später erniedrigt werden, wirkt auf den Arbeiter außerordentlich anspornend und erhöht seine Leistungsfähigkeit. — Die Verkürzung von 50 auf 42 Wochenstunden bietet dem Unternehmer nicht zu unterschätzende Vorteile. Quantitative Messungen haben erkennen lassen, daß etwa sechs bis acht Wochen nach Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung pro Zeiteinheit nicht unerheblich stieg, und daß in den Frage kommenden Abteilungen heute tatsächlich in 42 Stunden dieselben Arbeitsleistungen erzielt werden wie vorher in 50 Wochenstunden.“

Bedarf es noch weiterer Beweise, daß Lohnherabsetzungen keinen Preisabbau, sondern das Gegenteil davon bedeuten, und daß Lohnsteigerungen die Unkosten durch Leistungssteigerungen senken?

günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegenchaft bedroht und in Frage gestellt. Und daher war es eine selbstverständliche Pflicht der Organisationsleitung, ihr ganzes Augenmerk darauf zu richten, daß für Brieg den Verhältnissen angepaßte Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

In diesem ihrem ganz uneigennütigen Bestreben hat sie leider nicht das genügende Verständnis bei der Mehrheit der Brieger Arbeiterschaft gefunden. Nur in den ersten Jahren der Nachkriegszeit war es gelungen, die Arbeiterschaft vollständig zu organisieren. Doch wie vielfach anderswo auch, hat für Brieg die Möglichkeit gefehlt, erzählerisch auf die neugewonnenen Mitglieder einzuwirken und so ist es denn gekommen, nachdem die Jahre der Inflation vorüber waren und damit die Steigerung der Löhne von 14 Tage zu 14 Tage ausblieb, daß die Brieger Arbeiter in ihre alte lethargie zurückfielen. Diese Haltung war zweifellos diktiert von dem Bestreben, die paar Pfennige Verbandsbeitrag zu sparen. Willig wie alte Packesel wanderten sie täglich in ihre Fabriken, zufrieden nehmen sie am Wochenschluß ihre „sechs Dreier“, wie der Berliner zu sagen pflegt und fanden es durchaus in der Ordnung, daß die Herren Loewenthal und Heintze sich auf ihre Kosten die Taschen füllten. Wir können es nicht als Entschuldigung gelten lassen, daß die beiden Fabrikanten unter Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Macht alles getan haben, um die Arbeiter von der Organisation fernzubalzen. Hätten die Brieger Arbeiter nur einigermaßen Selbstbewußtsein und Vertrauen zu ihrem guten Recht besessen, dann hätten sie sich auch durchsetzen müssen. Aber das ist ja gerade das Bekümmernisse an den ganzen Vorgängen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht den Mut aufbrachte, ihren Ausbeutern entgegenzutreten. Anerkannt soll in diesem Zusammenhang werden, daß auch in Brieg ein kleinerer Teil vorhanden war und noch ist, dem die Treue zur Organisation kein leerer Wahn ist. Solange es aber einen Betriebsrat bei Loewenthal gibt, der, wie jüngst in einer Konferenz, die die Reichsarbeitsverwaltung nach Breslau einberufen hatte, er-

klärte: „Wir wollen keinen Tariflohn, wir sehen ein, daß unser Prinzipal den Tariflohn nicht bezahlen kann und zugrunde gehen müßte, wenn er den Tariflohn bezahlt.“ solange wird die Arbeiterschaft in den beiden Fabriken eben am Hungertuche nagen. Es dürfte wohl kaum jemals vorgekommen sein, daß in einem solchen Kreise solche Worte von einem Arbeiter gesprochen wurden, dessen Aufgabe es ist, für die Interessen seiner Mitarbeiter einzutreten.

**Wollt ihr nun, ihr Kollegen und Kolleginnen bei Heintze und Loewenthal, daß die ganze deutsche Kollegenchaft mit Fingern auf euch zeigt?**

**Wollt ihr, daß eure erst 30 Wochen auf der Strahe liegenden Mitarbeiter auf der Strahe bleiben?**

**Wollt ihr die einzigen sein, die im ganzen deutschen Reich vom Tariflohn ausgeschlossen bleiben?**

**Wollt ihr euch für alle Zeit zum Gespött der ganzen übrigen Brieger Arbeiterschaft machen?**

Diese Fragen richten wir heute an euch, jetzt, nachdem nunmehr die Organisation eurer Berufsangehörigen dabei ist, einen besonderen Lohnarif für Brieg zu schaffen. Ueberlege dich einmal jeder einzelne Mann und jede einzelne Arbeiterin im stillen Kämmerlein die Rolle, die jeder spielt. Bedenkt, was ihr eurem Berufe und eurer Familie schuldig seid und versucht gut zu machen, was ihr verschuldet habt.

Rechnlich wie in Brieg liegen die Verhältnisse in Striegau. An diesem Platze hat die Geschäftsbüchereifabrik von Vommel u. Rade ihren Sitz, die gegen 120 Personen beschäftigt. Auch hier hat die Arbeiterschaft bei der Durchführung des Reichstarifes völlig verlagert. Nur einmal, Ende 1924, hat man dort versucht, mit Hilfe einer Arbeitsnieberlegung die tarifvertragsgegnerische Firma zur Einführung des Reichstarifes zu zwingen. Da aber das Vorhaben aus den ersten Anheb nicht gelang, da der Betrieb mit Streikbrechern gefüllt werden konnte, warf man die Flinte ins Korn und überließ dem Firmeninhaber das Feld. Wollen denn auch diese Berufsangehörigen warten, bis ihnen ihr Unternehmer den Reichstarif auf dem Präsentierteller bringt?

Kaum erwähnenswert ist der Platz Habelschwerdt. Dort waren im Vorjahre ganze 13 Personen in einem Betriebe beschäftigt, der sich mit der Herstellung von Gesang- und Gebetbüchern beschäftigt. Aber auch hier haben unsere Berufsangehörigen noch nicht den Mut aufbringen können, sich zu einer festen, kernigen, wenn auch kleinen Gruppe zusammenzuschließen.

Darf man, wenn so die Dinge liegen, der Arbeitsverwaltung allein den Vorwurf machen, sie habe die Arbeiterschaft dieser drei Plätze im Stich gelassen, als sie in ihrer Entscheidung diese Orte von der Allgemeinverbindlichkeit ausnahm? Oder sind diese Berufsangehörigen nicht in hohem Maße mitschuldig an diesen erbärmlichen, unwürdigen Zuständen? X.

## Das Gewerkschaftsrecht in Deutschland.

Die republikanische Verfassung von Weimar zeigt bereits den inneren Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Gewerkschaftsrecht. Während der Artikel 157 ankündigt, daß die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reichs steht, spricht Artikel 159 die bedingungslose Koalitionsfreiheit für alle Berufe klar aus. Das Arbeitsrecht könnte sich auch niemals auswirken, wenn nicht gleichzeitig den großen Koalitionen der Arbeiter und Angestellten durch die Vereinigungsfreiheit und durch ein Mindestmaß von rechtlich anerkannten gewerkschaftlichen Befugnissen die Möglichkeit gegeben wäre, den in Gesetzesparagrafen vorgesehenen sozialen Schutz auch tatsächlich zu verwirklichen. Man kann auch hier die Bestimmungen der Verfassung als das grundsätzliche Bekenntnis zur Schaffung des Arbeitsrechts und des Gewerkschaftsrechts ansehen. Die Verfassung lebendig zu gestalten aber mußte Aufgabe der Gewerkschaften selbst bleiben.

Das Recht der Gewerkschaften konnte sich nur aus der sozialen Bewegung der Arbeiter und Angestellten heraus entwickeln. In dieser Entwicklung hat die im November 1918 geschaffene Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Deutschlands eine historische Rolle gespielt. Unter dem Druck der Revolution waren damals die organisierten Unternehmer Deutschlands genötigt, die Grundrechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften anzuerkennen. Das betreffende Abkommen vom 15. November 1918 enthielt hinsichtlich des Rechts der Organisationen wichtige Leitgedanken, die später in der Gesetzgebung und in der Verfassung ihren Niederschlag gefunden haben. Aus jenem Abkommen darf heute an die folgenden Vereinbarungen erinnert werden:

Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch kollektive Vereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Damit war nicht nur eine Anerkennung der Berufsverbände als die gegebene Vertretung der Arbeiter und Angestellten ausgesprochen, es war auch gleichzeitig die klare Scheidungslinie zwischen den unabhängigen Gewerkschaften und den abhängigen gelben Werkvereinen gezogen. Schließlich war der Kollektivgedanke für die Regelung der sozialen Arbeitsverhältnisse auch für die Angestellten proklamiert worden.

Bei der folgenden Errichtung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft als Benennungskörper für die industrielle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft zum erstenmal Gelegenheit, die Grenzlinie der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbände aufzuzeigen. Die gelben Werkvereine sind im Reichswirtschaftsrat ohne Vertretung geblieben. Die Abteilung II (Arbeitnehmer) wird gebildet aus den Verbänden der freien, kristlich-nationalen und freiheitlich-nationalen (Hirsch-Dunker) Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Darüber hinaus wurden Anfang 1920 gewerkschaftliche Grundzüge aufgestellt, die von allen der Zentral-

Arbeitsgemeinschaft angegeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen innewohnten waren. Die damals gesunde Begriffsbestimmung einer Gewerkschaft besagt im wesentlichen („Korrespondenzblatt“ Nr. 3 von 1920 des ADGB):

#### Zusammenfassung:

Eine Arbeitnehmergewerkschaft bzw. deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes... Die Gewerkschaft muß den Grundsatz der Gemeinsamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmerium und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen und befestigen.

#### Leitung:

Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt... in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

#### Zwecksetzung:

Zur Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufs.

#### Mittel und Zweck:

Zur Erreichung des Zwecks der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

- Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen...
- Arbeitsniederlegung... Den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu zahlen...
- Die geistige und fachliche Ausbildung...
- Rechtsschutz und Unterstützungseinrichtungen.
- Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zwecks der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen.

Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Anwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Die Grundsätze gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Mit diesen von allen beteiligten Stellen anerkannten gewerkschaftlichen Grundsätzen war bereits 1920 festgelegt, daß die als Gewerkschaften anzusehenden Arbeiter- und Angestelltenverbände im Kreise der Gesamtorganisationen der freien, christlich-nationalen und freiheitlich-nationalen Gesamtverbände vereinigt sind. Die weitere Praxis hat ergeben, daß auch die gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere aber die Behörden, vor allem das Reichsarbeitsministerium, bei allen einschlägigen Verhandlungen jeweils die folgenden Gesamtverbände als die Vertretung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft anerkennen:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB),  
Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFB-Bund),  
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands,  
Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag),

Verband der Deutschen Gewerksvereine (DV),  
Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA).

So war bereits in der sozialen Praxis die Grundlage für das kommende Gewerkschaftsrecht gegeben, und es kam darauf an, diese Praxis nimmend auch formalrechtlich in der sozialen Gesetzgebung zu verankern. Dieser Akt der Gesetzgebung ist bei der Verabschiedung der Novelle zum Reichsnachschaffengesetz vom 2. Juni 1926 erfolgt. Danach sind die Mitglieder zu den derzeitigen Selbstverwaltungskörperschaften auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen zu wählen. Ueber den Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern heißt es im § 184:

„Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern im Sinne dieses Gesetzes sind solche Verbände, die einem Gesamtverbande angehören, der als Benennungskörper für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat anerkannt ist.“

Damit hat sich das neue Gewerkschaftsrecht an das in der deutschen Gewerkschaftsbewegung historisch Gewordene angepaßt. Der Gesetzgeber ist von der Berordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 ausgegangen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wiederum ist in der Zu-

sammenfassung seiner Arbeitnehmerabteilung die Vertörperung der in den drei großen Richtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossenen Berufsverbände von Arbeitern und Angestellten.

Der neue § 184 des Reichsnachschaffengesetzes hat weit über den Rahmen des Bergbaues hinaus eine außerordentlich wichtige grundsätzliche Bedeutung. Es ist der Weg aufgezeichnet, die Selbstverwaltung der Sozialversicherung in wachsender Maße in die Hand der berufenen Vertretungen der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, zu legen. Die gewollte Ausschaltung der gelben Wertvereine oder ähnlicher nicht gewerkschaftlicher Arbeitnehmervereinigungen entspricht nicht nur der historischen Entwicklung, sondern auch dem Sinn der Reichsverfassung. Da die Reichsverfassung an den verschiedensten Stellen immer wieder eine paritätische Mitwirkung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorsieht, wäre es auch nicht angängig, das Gewicht der Arbeitnehmervertretungen dadurch abzuschwächen, daß man ihnen die wirtschaftsfriedlichen Elemente mit zuzählt, die in Wirklichkeit das ausführende und abhängige Organ der Unternehmer sind.

Mit der Novelle zum Reichsnachschaffengesetz ist in der Erfüllung der Verfassung ein entscheidender Schritt getan. Wenn die Weimarer Verfassung die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt und damit den Trägern der Arbeit ein besonderes Recht und einen erhöhten gesetzlichen Schutz verleiht, dann muß auch den Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten das entsprechende Organisationsrecht mit ausreichenden Befugnissen verliehen werden. Ein kollektives Arbeitsrecht ist nicht denkbar ohne ein ausreichendes Gewerkschaftsrecht. Der ganze soziale Inhalt der Verfassung kann nur lebendige Gestalt annehmen, wenn sich die Republik ein neues soziales Recht schafft, in dem der arbeitende Mensch im Gegensatz zu dem früheren Recht des Obrigkeitsstaates nicht mehr als Objekt, sondern als Subjekt der Wirtschaft gilt. Diese soziale Höherentwicklung, die als eine unerläßliche Voraussetzung für die Festigung der Republik überhaupt angesehen werden muß, kann aber nicht von den einzelnen Arbeitern und Angestellten, sondern nur von ihren Gesamtorganisationen — den Gewerkschaften — getragen werden.

So bedeutet der neue § 184 des Reichsnachschaffengesetzes eine selbstverständliche Anerkennung der Erfolge und der Festigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Erfüllung der Verfassung von Weimar zur Schaffung des demokratischen und sozialen Volksstaates. S. Aufhäuser.

### Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Berufe.

Am 24. August begannen die Beratungen mit einer Rückschau auf die Zeit seit Bestehen der Kasse durch den Zentralvorsitzenden, Kollegen Zinke. Er gedachte besonders der Toten, die im Laufe der Zeit im Interesse der Kasse tätig waren. Auf Antrag der Mandatprüfungskommission wurden alle Mandate für gültig erklärt.

Dem vom Vorsitzenden gegebenen Bericht über die letzten vier Jahre, beginnend mit der Inflationsperiode, entlehnen wir folgende interessante Daten: Die Zahl der Mitglieder fiel von 12.196 im Jahre 1922 auf 11.668 am 30. Juni 1926. Bei fast gleichem Mitgliederstand stieg die Zahl der Unterhaltungsstage von 86.861 im Jahre 1922 auf 171.258 im Jahre 1925 und im ersten Halbjahr 1926 schon auf 106.121. Der normale Krankenstand von 3 1/2 Proz. der Werkzeitszeit erreichte 10 Proz., ja sogar vereinzelt 15 Proz., so daß in Zukunft mit 6 Proz. zu rechnen sein wird, Grund genug, um nicht wie bisher den 28fachen Betrag des Beitrages als Kassenleistung zu gewahren.

Die Verschmelzung sämtlicher freien Hilfskassen, zu deren Zweck ein Kongress im Herbst 1925 in Braunschweig stattfand, hat günstigen Boden nicht gefunden. Ebenso hat der Vorstand eine abwartende Stellung gegenüber der Bildung einer Frauen- und Mädchenabteilung eingenommen. In den nächsten Jahren soll die Angelegenheit beobachtet werden. Tritt eine Klärung ein, dann wird die nächste Generalversammlung sich entscheiden können. Wohl infolge der

schlechten Wirtschaftslage haben sich unleidliche Zustände herausgebildet. Insbesondere wurde auf Wunsch der Mitglieder im Offenbacher Bezirk das System der Vertrauensärzte zwecks Nachuntersuchung eingeführt. Demzufolge sank in einzelnen Verwaltungsstellen der Krankenstand um 50 Proz. Besonders trüb gestalteten sich die Ausgaben für Arzt und Arznei, die in einer Verwaltungsstelle 78 1/2 Proz. der Einnahmen betragen. Nicht selten schwanfen im Offenbacher Gebiet die Ausgaben dieser Art zwischen 35 bis 56 Proz. oder 33,50 Mk. pro Jahr und Mitglied. Dazu kommen noch die Barleistungen an die Erwerbsunfähigen. Dieser Zustand veranlaßte den Vorstand, die Rezepte der ärztlichen Prüfungskammer zur Nachrechnung zu überweisen. Auf diese Weise konnten erhebliche Abstriche erzielt werden. Zu welchem Unlug es führen kann, beweist ein Beispiel: Ein Mitglied war 76 Tage krank. Der Arzt besuchte den an Lungenerkrankung und Magenatarrh Erkrankten 47mal, dazu kamen noch 7 Nachtbesuche, ein Eisbesuch und 6 Sonderleistungen. Auf 47 Rezepten wurden ihm rund 100 verschiedene Arzneien verordnet. Während der Kranke 167 Mk. bezog, erhielt der Arzt 152 Mk. und die Arzneikosten beliefen sich auf 138 Mk.

Aus dem Bericht des Aufsichtsrates geht hervor, daß die beiden leitenden Körperschaften in bester Harmonie zusammenarbeiten. Nicht eine einzige Beschwerde gegen die Geschäftsführung ist beim Aufsichtsrat eingegangen.

In der ausgedehnten Debatte spielten die oben angedeuteten Inzutraglichkeiten mit den Ärzten eine Rolle. Die Tätigkeit des Vorstandes und Aufsichtsrates wurden gutgeheißen.

Die Generalversammlung genehmigte die vom Vorstand und Aufsichtsrat getätigten Satzungsänderungen der letzten vier Jahre, die durch die Nachträge von 1 bis 17 den Mitgliedern bekannt sind.

Am zweiten Verhandlungstage wurden die Beratungen der Satzungen, die schon am Vortage begonnen hatten, fortgesetzt. Neu ist die Bestimmung, daß versicherungspflichtige Mitglieder der Erjaabteilung, die binnen zwölf Monaten bereits für 26 Wochen hintereinander Krankengeld oder Erjaabteilungen bezogen haben, in einem neuen Versicherungsfalle, der im Laufe der nächsten zwölf Monate eintritt, Krankengeld auf die Dauer von 26 Wochen erhalten. Den nichtversicherungspflichtigen Mitgliedern und den Mitgliedern der Zuschußabteilung wird im neuen Versicherungsfalle, der im Laufe der nächsten zwölf Monate eintritt, die im Verlauf der zurückliegenden zwölf Monate bezogene Unterstützung angerechnet.

Neu eingeführt wird eine Fürsorge für ausgesteuerte und vollinvalides Mitglieder. Die Extrasteuer zum Aufbringen der Kosten für die Invalidenfürsorge, für die Generalversammlung, für Werbetätigkeit usw. wird von 20 auf 50 Pf. für das Vierteljahr erhöht. Ausgesteuerte und arbeitsunfähige Mitglieder können sich die Anwartschaft auf Sterbegeld erhalten, wenn sie pro Vierteljahr einen Wochenbeitrag und die Extrasteuer zahlen. Die Mitgliedsbeiträge für die Erjaabteilung bleiben unverändert, in der Zuschußabteilung wird eine neue Klasse 8a mit einem wöchentlichen Beitrag von einer Mark eingeführt. In dieser Abteilung wird das Krankengeld auf das 17 1/2fache des Beitrages, in der Erjaabteilung auf das achtfache festgesetzt. Den Familienangehörigen der Erjaabteilung wird im Bedarfsfalle eine Beihilfe zu den Kosten der ärztlichen Behandlung und verordneten Arzneien von 80 Proz. des Betrages, der für ein Mitglied in Frage gekommen sein würde, vergütet. Auf diese Weise hofft man, dem im Geschäftsbericht geschilderten Unlug zu steuern und von einer Herabsetzung der Leistungen abzuhellen.

Der Krankenkasse ist eine Sterbekasse für Mitglieder der Kasse und deren Frauen angegliedert, der 4635 Mitglieder angehören. Die Kasse hat während ihres sechsjährigen Bestehens einen Ueberfluß von rund 104.000 Mark erzielt. Die Sterbekasse soll dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden. Die monatlichen Beiträge sind in der 1. Klasse 50 Pf., in der zweiten Klasse 1 Mk. Gewährt wird ein nach Dauer der Mitgliedschaft abgestuftes Sterbegeld, das nach einjähriger Beitragsleistung mit 50 Mark beginnt und nach zwölf Jahren 600 Mark als Höchstsumme erreicht.

Vorstand und Aufsichtsrat wurden einstimmig wiedergewählt und für die ausgesteuerten und noch kranken Mitglieder 3000 Mark bewilligt.



# ZUR UNTERHALTUNG

## Die Heide blüht!

Die Heide blüht! Die Heide blüht!  
Seht, wie sie leuchtet, wie sie glüht!  
Wie sie sich bunt mit Farben schmückt!  
Wie sie das trunk'ne Aug entzückt!

Aus kahlem, dürrem Heideland  
Erstreckt ein blühend Feenland,  
Ein Feenland in Märchenpracht —  
Schier kam der Zauber über Nacht.

Wie eine Flammengarbe loht  
Hin übers Land des Purpurrot.  
Kein Königsmanzel ist so schön  
Als wie die Heide anzuseh'n.

Es wird das Herz so weit, so weit  
In dieser bunten Herrlichkeit.  
Das Auge schwelgt, die Seel' frohlockt,  
Beim krummen Schau'n der Odem stockt.

Die Heide blüht! Die Heide blüht!  
Wie seltsam sah's doch das Gemüth!  
Ein letzter Gruß der Sommerpracht —  
Von fern schon winkt die Winternacht!

Ernst Raab.

## Im Heim eines Büchernarren.

Unter den vielen Sonderlingen und schrullhaften Originalen, die das Paris der Nachrevolution und der Restauration bevölkerten, war Herr Billenave entschieden eine der interessantesten Persönlichkeiten. Billenave war der richtige Typ des weltfremden Gelehrten und Bücherfreundes, der unbehelligt von Berufsarbeiten und Sorgen ums tägliche Brot ausschließlich seinen Forschungen und seinen Schätzen leben konnte. In seinem Hause in der Rue de Bauguirard fanden sich oft junge Pariser Literaten und Künstler ein, die der alte Herr protegierte. In den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertehrte in der Familie Billenave auch der junge Alexander Dumas, der später so berühmte Verfasser des „Graf von Monte Christo“ und der „Drei Musketiere“. Dumas war damals noch ein unbekannter, bescheidener Bureauangestellter des Herzogs von Orleans, des nachmaligen Bürgerkönigs Ludwig Philipp. Er unterhielt mit Billenaves verheirateter Tochter, Madame Melanie Waldor, der Gattin eines Offiziers, ein heimliches Liebesverhältnis, das er nachher in seinem Schauspiel „Antony“ auf die Bühne brachte.

Dumas verdankt wir eine entzückende Schilderung der Häuslichkeit Billenaves, dem er in seinen Memoiren ein Denkmal gesetzt hat.

Billenave ließ sich nur selten im Kreise seiner Familie sehen. War Gesellschaft im Hause, dann erschien er bisweilen im Salon, plauderte einen Augenblick, hielt seinem Sohn eine väterliche Moralphase, zankte mit seiner Frau, dann streckte er sich in einen Lehnstuhl, und wenn ihm seine Tochter die weißen Locken zurecht gekämmt hatte, vergab er sich wieder für den Rest des Tages in seine Papiere und Bücher. Zu diesem Allerheiligsten des Bücherfreundes hatten nur ganz vertraute und bevorzugte Gäste Zutritt. Billenaves Wohnung lag im zweiten Stock; sie bestand aus fünf Zimmern, die nichts als Bücher und Mappen enthielten. Diese fünf Zimmer mochten etwa 40 000 Bände und 4000 Mappen enthalten, wenn man alles mitzählte, was in Schränken geordnet stand und auf dem Boden oder auf Stühlen und Tischen umherlag. Schon das Vorzimmer allein bildete eine unermessliche Bibliothek. Aber auch Schlaf- und Arbeitszimmer waren nichts als zwei große Bibliotheken. Die vier Wände waren förmlich mit Büchern tapeziert und darunter und darüber lagen eine Unmenge Mappen.

Die sinnreichste Einrichtung des Arbeitszimmers aber bestand aus einem viereckigen Pfeiler aus

Büchern, der die Mitte des Zimmers einnahm und ringsum einen viereckigen, rechts und links von Büchern begrenzten Raum frei ließ, der so eng war, daß nur eine einzige Person sich ungehindert darin bewegen konnte.

Die Mappen enthielten Autographien; die Handschriften Ludwigs XV. allein füllten fünf dicke Mappen. Hier war die Arbeit von fünfzig Jahren in stetem Streben auf Verwirklichung einer einzigen großen Idee gewidmet, jede Stunde einer einzigen Leidenschaft geweiht, der Leidenschaft des unermüdligen Urkundenforschers, der darin die Freude und den Zweck seines Lebens sah. Hier fand man einen Teil der Papiere Ludwigs XVI., die in einem feuerfesten eisernen Schrank aufbewahrt wurden, den Briefwechsel Montesquies, 200 eigenhändige Briefe von Rousseau, 400 von Voltaire, dann Autogramme aller Könige von Frankreich, von Karl dem Großen bis auf Ludwig XVIII., Skizzen von Raffael, Leonardo da Vinci, Andrea del Sarto, Lebrun, Greuze, Watteau, Boucher und anderen.

„Wer aber das Schlafzimmer, in dem das Bett der allerunscheinbarste Gegenstand war, nicht gesehen hat“, schreibt Dumas, „der kann sich keinen Begriff machen, wie das Schlafzimmer eines Büchermurms aussieht.“ Dumas wurde die hohe Ehre zuteil, in dieses Gemach eingeführt zu werden. Er brachte dem Sammler ein Autogramm Napoleons, die Unterschrift eines Befehles an seinen Vater, den Revolutionsgeneral Dumas, und zwar aus der Zeit, da der künftige Kaiser noch mit seinem korsischen Namen Bonaparte unterzeichnete. Der junge Dumas überreichte das Schriftstück Herrn Billenave, der damit rasch an das Fenster eilte, um die Unterschrift zu prüfen. „Währenddessen hatte ich mich im ganzen Zimmer umgesehen und gefunden, daß der Lehnstuhl, den Billenave soeben verlassen hatte, das einzige Möbel war, das nicht mit Büchern beladen war“, erzählt Dumas. Als der Gelehrte das kostbare Autogramm geprüft hatte, ließ er sich wieder in seinem Sessel nieder und forderte Dumas auf, Platz zu nehmen. Erstaunt sah sich dieser im ganzen Zimmer um.

„Setzen Sie sich doch auf's Sofa“, lud Billenave den Gast ein.

„Aufs Sofa? Aber es ist ja mit Büchern beladen.“ „Wichtig! Aber so nehmen Sie sich doch einen Stuhl.“

„Recht gern, aber auch die Stühle sind nicht minder belegt, als des Sofa.“

„Ach, du lieber Gott!“, jammerte Billenave, „ich habe so viele Bücher. . . . Haben Sie schon den großen Sprung an der Mauer meines Hauses bemerkt?“

Dumas verneinte, ihm war der Riß noch nicht aufgefallen. „Nun, er ist aber doch groß genug“, wandte Billenave ein.

„Wissen Sie auch, was daran schuld ist, junger Freund? Meine Bücher. Ja, meine Bücher ruinieren mir noch das ganze Haus. Denken Sie sich, ich besaß 1200 Foliobände, 1200 prächtige seltene Bände. Es waren die allergrößten Seltenheiten darunter. Ich stellte sie auf den Boden und wollte noch mehr hinaufschaffen, denn es wäre dort noch Platz für weitere 1200 Bände gewesen. Aber da zitterte plötzlich das Haus, tracht und bekommt einen Riß. Als wir uns vom ersten Schrecken erholt und uns überzeugt hatten, daß das Erdbeben nur lokaler Natur war, ließ meine Frau einen Baumeister holen. Der untersuchte das Haus vom Keller bis hinauf zum zweiten Stock und erklärte dann, der Unfall könne nur von einer Ueberlastung der Pfeiler herrühren. Er wollte nun auch den Dachboden besichtigen. Ach, das war's gerade, was ich fürchtete! Hätte es sich um mich allein gehandelt, ich hätte ihm um keinen Preis der Welt den Schlüssel gegeben, aber ich mußte mich eben dem Wohlge meiner Familie opfern. . . . Der Baumeister besichtigte also den Boden und fand dort die 1200 Foliobände. Auf den ersten Blick erkannte er, daß sie wenigstens 8000 Pfund wogen und erklärte nun mit Bestimmtheit, die Bücher müßten verkauft werden oder er könne für nichts einstehen. . . .

Da mußte ich denn die herrlichen Bände notgedrungen verkaufen, lieber Freund. Ich hatte sonst keinen Platz mehr im Hause und so waren die armen Foliobände für mich verloren, verjagt von dem friedlichen Dachboden, der ihnen eine sichere Zufluchtsstätte bot. Ach, nie, nie mehr werde ich nochmals eine solche Sammlung finden. . . .“ seufzte der alte Bibliophile.

„Aber nehmen Sie sich doch einen Stuhl!“ Er hatte schon wieder vergessen, daß auch nicht ein einziger im Zimmer frei war. . . .

Billenaves Sammlung war die Frucht seines ganzen Lebens. Wie Ghiberti als junger Mann die Türen des Domes von Florenz begonnen hatte und erst als Greis sein Werk vollenden konnte, so hatte auch Billenave dem Zusammentragen seiner Schätze fünfzig Jahre geopfert. Er sammelte alles, was ihm in die Hände kam. Nie in seinem Leben hatte Billenave ein Stück Papier verbrannt oder einen Brief zerrissen. Auch der junge Dumas schrieb ihm ein paarmal, um Auskunft über verschiedene Fragen zu erbitten. Selbst diese Briefe des unbekannteren jungen Mannes erhielten ihre Umschläge und Nummern und wurden in einer besonderen Mappe aufbewahrt. Einladungen zu Versammlungen, Hochzeiten, Beidenbegängnissen, alles wurde aufgehoben, Kassiert und besonderen Mappen einverleibt. Es gab kein Fach, für das Billenave nicht eine besondere Sammlung angelegt hatte. Dumas fand bei ihm sogar eine Kollektion halb verbrannter Bücher, die am 14. Juli 1789 aus den Flammen der Bastille gerettet worden waren.

Billenave hatte zwei Adjutanten oder richtiger Spione; der eine hieß Fontaine und hatte selbst ein „Handbuch der Autographen“ geschrieben; der andere war Beamter im Kriegsministerium. Wöchentlich zweimal wurde große Jagd abgehalten. An diesen Tagen durchstöberten die Adjutanten die Läden aller Trödler und Antiquare, die an diese Bejuchte schon gewöhnt waren und alle Papiere bereitgelegt hatten, die sie für nur halbwegs wertvoll und selten hielten. Unter diesen suchten die Spürhunde die brauchbarsten heraus, zahlten dem Trödler 15 Sous für's Pfund und verkauften es um 30 Sous an Herrn Billenave. Dann gab es noch an besonderen Tagen sogenannte Königsjagen, das heißt, Herr Billenave ging in höchst eigener Person auf Beute aus. Alle Trödler von Paris kannten ihn und schleppten ihm ganze Stöße Papiere entgegen, in denen er dann mit Wohlwollen stundenlang herumwühlte. An diesen Tagen war Herr Billenave weder fett noch frisch, auch vermischte man die weiße Krawatte und den blauen Rock mit goldenen Knöpfen, den er sonst zu tragen pflegte. Jeder Schein des Reichtums mußte sorgsam vermieden werden, damit er nicht von den Bouquinisten übervorteilt würde. Zur Königsjagd setzte er einen alten zerknitterten Hut auf, band eine hohe schwarze Krawatte um und zog einen einfachen Rock ohne goldene Knöpfe und ohne Stickerien an. Dann wandelte der unermüdlige Bücherjäger längs der Rals dahin.

Beide Hände steckte er behäbig in die Hosentaschen, der Oberkörper war nach vorwärts geneigt, das schöne kluge Antlitz schien von Sehnsucht und Erwartung verklärt. So fandte er den forschenden Blick nach rechts und nach links, um den unbekanntesten Schatz zu finden, der ihm in Gestalt einer Gutenberg-Bibel oder einer Elzevirausgabe unaussprechlich vor der Seele schwebte.

Oft kam der emsige Jäger aber auch ohne Beute heim. Dann trat er mit mürrischer Miene ins Zimmer, redete bei Tisch kein Wort, schalt nach dem Essen seine Tochter, daß sie ihm beim Lokendrehen die Haare auszipfe, nahm dann seine Kerze und ging, ohne jemand gute Nacht zu sagen, in sein Zimmer hinauf.

War aber die Ausbeute reich gewesen, brachte Billenave irgendein kostbares Buch, eine seltene Ausgabe nach Hause, dann trat er mit lächelnder Miene ins Zimmer, nahm sein Entgelt auf den Arm, scherzte mit seinem Sohn, umarmte seine Tochter, machte seiner Frau Komplimente über ihre vorzügliche Küche und dankte endlich nach Tisch seiner Tri-

feufedigt ein Brummen, das dem Schnurren eines befriedigten Raters sehr ähnlich war.

Herr Billenave hatte dann nur noch eine Sorge: Wo sollte er seine Neuwerbung unterbringen? Die Bücher standen bereits so gedrängt in den Fächern der Regale, daß dazwischen kaum die Klinge eines Papiermessers Platz gehabt hätte. Er ging nun von Fach zu Fach, drängte und zwangte die Bücher vorgehend aneinander, dann erhob er die Hände voll Verzweiflung zum Himmel, jammerte, daß er für seine Bücher nicht ein Fleckchen Platz im Hause habe und entschloß sich endlich, das neu erworbene Exemplar auf ein Sofa, einen Tisch oder Stuhl zu legen, indem er dabei seufzend ausrief: „Wielleicht wird sich doch noch ein Plätzchen finden.“

Das Plätzchen fand sich aber nicht und das Buch blieb auf dem Tisch, dem Sofa oder auf dem Stuhl liegen — ein neues Hindernis für den Besucher, der sich gern niedergelegt hätte.

### Die Wechler \*).

Es war ein wolkenloser Julitag. Eine fast tropische Sonne glühte auf die Arbeiter nieder. Schuppen und Gleise schimmerten in der Hitze, und die Wärme, auf die überall der Fuß trat, schien eben aus dem Feuer gekommen zu sein. Allan vermochte nicht, die Räume, wo die Hochöfen brannten, zu betreten; er blieb an der Tür stehen und beschattete schützend die Augen mit der Hand. Und in jeder dieser Höllen schufteten Hunderte von schmutzigen, rauchgeschwärtzten Männern, nackt bis an den Gürtel, mit Schweiß bedeckt.

Allan blickte die langen Reihen der Hochöfen entlang, dieser riesigen Höhlen, durch deren Ritzen das geschmolzene Erz wie Blitze funkelte.

Die Männer, die hier arbeiteten, mußten immer wieder mit Wasser übergoßen werden; sie tranken am Tag etliche Liter Bier.

Allan durchschritt die Schienenfabrik, wo ungeheure Walzen die stammend weißen Massen aufsingen, schleudern und wendeln wie Pfannkuchen, flachdrücken und quetschen, bis sie am anderen Ende wie gefollerte, rote, endlose Schlangen herausstamen. Sie lagen in langen Reihen zum Ausstehen.

Er begab sich in den Plattenraum, wo Riesenhämmer zuschlugen und dicke Stahlplatten wie Käse zerteilt wurden. Allan starrte verwirrt um sich und klammerte sich unwillkürlich, wie Schutz suchend, an seinen Begleiter; zu ihren Häupten knarnten ungeheure Kräne, teuflische Maschinen lärnten und tobten ringsum. Es erschien unbegreiflich, daß Menschen in einer derartigen Verwirrung zu arbeiten vermochten, des höllischen Lärms und der Gefahr nicht achtend.

Allans Augen schweiften umher, blieben dann an einem selbst hier ungewöhnlichen Anblick haften. Auf der anderen Seite des Raumes sah er einen Stahlkolben, der die größte Walze bewegte. Der Kolben befand sich hoch oben und rotierte mit unglaublicher Geschwindigkeit. Ein Mann, der eine Deltanne in der Hand hielt, lehnte den oberen Teil einer Leiter gegen den Kolben und begann die Sprossen hinaufzusteigen.

Allan berührte den Arm seines Führers und brüllte ihm ins Ohr: „Ist denn das nicht gefährlich?“ „Es ist streng verboten,“ lautete die Antwort. „Aber die Leute tun es immer wieder.“

Noch während er sprach, geschah etwas, das die Worte auf seinen Lippen in einen Schrei des Entsetzens verwandelte. Allans Hand wies noch immer auf die gleiche Stelle, sein Körper verharrte wie erstarrt. Wie durch Zauberkraft war der Mann auf der Leiter verschwunden, ein nebligtes Etwas umgab den Kolben, die Leiter fiel zu Boden.

Niemand schien es bemerkt zu haben. Allans Führer stürzte vor, wickelte eine weißglühende Platte auf ihrem Weg zur Walze aus und raste in den Maschinenraum zum Ingenieur. Während einer Minute stierte Allan auf den furchtbaren Anblick: der weiße Nebel war nichts anderes, als der um den Kolben kreisende Körper des Mannes.

Die Maschinen verlangsamten ihre Bewegung, der Lärm verstummte. Eitliche Leute lehnten die Leiter von neuem gegen den stillstehenden Kolben und kletterten hinauf. Sie schnitten den Leib ab;

aber Allan konnte nicht länger zusehen. Ihn schwindelte, und er stoh ins Freie.

Einen anderen Hof erreichend, setzte er sich in den Schatten eines Gebäudes und versuchte sich mit den Worten zu beruhigen, daß das Leben eben so sei. Der Lärm lobte weiter.

Kurze Zeit nachher kamen vier Männer an ihm vorüber, die eine mit einem Laten bedeckte Bahre trugen. Blut tropfte von der Bahre nieder; aber die Männer, die ihr begegneten, blickten kaum hin.

Als Allan von neuem am Plattenraum vorüberging, sah er, daß ebenso eifrig wie vorher gearbeitet wurde, und da er das vordere Tor erreichte, bemerkte er, wie der Vorarbeiter aus einer Gruppe von Leuten einen neuen Arbeiter wählte.

Auf Allan, der geradezu von den Mississippi-Stahlwerken nach Neuport kam, machte all dies einen seltsamen Eindruck. Er hatte in der Metropole den Zug gesehen, kannte die fabelhaften Preise, die dort gezahlt wurden.

Aber diese Tausende und Millionen waren bisher für ihn etwas Abstraktes gewesen. Jetzt jedoch hatten sie plötzlich einen Körper angenommen: er hatte gesehen, woher sie kamen, wo dieser Luxus und diese Pracht produziert wurden! Bei jedem Blick, den er auf die ihn umgebende Schönheit warf, gedachte er der Männer, die in der glühenden, blendenden Hitze der Hochöfen schufteten.

Da war der Palast der Wymans; die ihn umgebenden Anlagen hatten eine halbe Million Dollar gekostet. Die Steinmauer, die den Park umgab, war weltberühmt, weil ihr Bau 100 000 Dollar verschlungen hatte. Und die Skaven der Stahlwerke arbeiteten Tag und Nacht, um für die Wymans Schienen herzustellen.

Zum Palast der Eldrige Devons gehörte ein Glashaus, das einen Wert von 150 000 Dollar repräsentierte und das nur die täglichen Bedürfnisse der Befizer deckte. Hier stand auch der berühmte Tulpenbaum, der anderswo ausgegrieben und fünfzig Meilen weit hertransportiert worden war; die Unkosten beliefen sich auf 1000 Dollar. Und Allan hatte gesehen, wie für eines der großen Hotels der Eldrige Devons Stahl fabriziert worden war.

Und der Landstich der Ballings! Der „Dreimillionen-Dollar-Palast in der Wüste“, wie ihn Frau Billy Alden nannte. Allan hatte über den berühmten Kamin in der Halle gelesen, der aus pompejanischem Marmor war und 75 000 Dollar gekostet hatte. Und die Ballings waren Eisenbahnkönige, die den Mississippi stahl verfrachteten!

Allans Gedanken schweiften auch zu den Skaven der anderen Betriebe, zu den Männern, Frauen und kleinen Kindern, die, eingekerkert in Fabrik und Werkstatte und Grube, für diese Leute schufteten, die hier mit ihrem Luxus prunkten. Diese Leute, die aus allen Teilen des Landes herkamen, deren Millionen der Arbeit anderer entstammten. Hier stand auch der Johnsons weißer Marmorpalast, für dessen Prachtträume Decken, Fußböden und Wände ausnahmslos in Frankreich hergestellt worden, während die Säule, Tore, Schloffer das Werk berühmter Künstler waren. Und die Johnsons waren Herren der Eisenbahnen und der Kohlen und beherrschten mit eiserner Hand den Staat Westvirginia. Dort waren Gerichte und Legislatur nichts weiter als Filialen der Bureaus des alten Johnson, und Allan wußte, daß ganze Grubendörfer der Gesellschaft gehörten und besteuerten Orten gleichen. Die unseligen Arbeiter durften nicht einmal einen Viertelliter Milch anderswo als im Warenhaus der Gesellschaft kaufen, und sogar der Arzt wurde erst nach Vorzeigen eines Passierscheines eingelassen.

Etwas weiter entfernt lag das Haus der Warfields, deren Geld von Warenhäusern stammte, wo junge Mädchen für 2½ Dollar die Woche arbeiteten und den Rest ihres Lebensunterhalts durch Prostitution verdienten. In diesem Sommer hatte die jüngste Tochter Warfields ihren ersten Ball besucht; der Ballsaal war nur für einen einzigen Tag erbaut worden und hatte 30 000 Dollar gekostet!

Etwas außerhalb des Ortes, auf den Felsen gelegen, befand sich das Schloß der Mayers, die ihr Vermögen mit Kohle gemacht hatten. Allan dachte an den jungen Mann, der einen Apparat erfunden hatte, womit die Kohle während der Verladung in die Dampfer gewogen werden konnte. Major Venable hatte angedeutet, daß der Kohlentrust nichts

von der Erfindung wissen wollte, weil er beim Wiegen betrog. Seither hatte Allan die Sache studiert und erfahren, daß diese Vermutung auf Wahrheit beruhte und der alte Mayer es selbst gewesen war, der das Wiegesystem abgelehnt hatte. Nun ragte hier sein Palast empor, und seine Söhne und Töchter gehörten zu den hochmütigsten und exklusivsten Gastgebern der Gesellschaft.

So hätte man stundenlang durch die Straßen fahren, die prächtigen Bauten betrachten können, die Namen ihrer Befizer aufzählen können — Könige des Dels, des Stahls, der Eisenbahnen, der Gruben.

Hier war alles Schönheit und Luxus: samtweiche, grüne Rasenflächen, Gärten voll seltener Blumen, Tanz, Feiern, Frohsinn. Wie weit schien es doch vom niedrigen Ringen der Geschäfte, von Armut, Arbeit und Tod entfernt! Aber Allan trug mit sich den Anblick, den er im Stahlwerk gesehen: den weißen, um den Kolben kreisenden Nebel und die verhüllte Gestalt auf der Bahre, von der das Blut niedertropfte.

### Ersparte Millionen.

Bierundzwanzig Millionen Mark haben im Jahre 1925 diejenigen Mitglieder der Konsumvereine genossenschaftlich bar erspart, die in den Genossenschaften ihren Bedarf deckten. 24 Millionen Mark find bei einem Umlage von rund 700 Millionen Mark erübrigt worden. Die Erübrigung hätte größer sein können, wenn der Umlage höher gewesen wäre. Der Umlage hätte höher sein können, wenn die tausenden Mitglieder alles im Konsumverein Erhältliche dorther bezogen hätten. Der Umlage und damit die genossenschaftliche Ersparnis wären um sehr viel höher gewesen, wenn alle eingetragenen Mitglieder aus der Genossenschaft entnommen hätten, was dort für den Verbrauch zu haben ist.

24 Millionen Mark sind buchmäßig nachweislich in unseren Konsumvereinen im letzten Jahr erspart worden, 24 Millionen Mark sind zum Besten der Konsumgenossenschaften und zum Vorteil ihrer Mitglieder in deren eigenen Händen geblieben. Der Löwenanteil dieses Millionenbetrages fällt in die Hände derjenigen Mitgliederfamilien als glatte Ersparnis zurück, die sich mit ihrem genossenschaftlichen Einkauf Sparrarbeit und Rückvergütung erübrigt haben. Mehr als 19 Millionen Mark von den 24 Millionen Mark entfallen auf Rabattguthaben und Rückvergütung. Mehr als 19 Millionen Mark konnten jene klugen Verbraucher im Jahre 1925 für sich selbst behalten, anstatt auch diese Millionen den Privathändlern als Gewinn zuzutragen. Auch die über 19 Millionen Mark noch verbleibenden 4 bis 5 Millionen Mark Erübrigung des vergangenen Jahres dienen nur dem genossenschaftlichen Vorteil der Mitglieder. Was den notwendigen Reservefonds, den Hausbau-, Produktions- und sonstigen Fonds der Genossenschaft zugewiesen wird, ist Anlage und Stoff zur Erlangung weiterer Vorteile innerhalb der genossenschaftlichen Organisation. 24 Millionen Mark stehen als genossenschaftliche Ersparnis des letzten Jahres in den Büchern unserer Konsumvereine. Weit mehr als 24 Millionen Mark haben aber die am Jahresumsatz beteiligten Genossenschafter insgesamt erübrigt, wenn man bedenkt, daß die Konsumvereine im allgemeinen in der Preisgestaltung den Verbrauchern günstiger gewesen sind, als der private Handel es sein konnte. Es muß an der regierungsfreilichen Mitteilung festgehalten werden, daß die Konsumvereine nach den angestellten Erhebungen im Durchschnitt um 5 Proz. billiger gewesen sind als der Einzelhandel.

Die Konsumgenossenschaften sind bestimmt schon heute gegenreiche Einrichtungen und beste wirtschaftliche Stützen aller derer, die mit ihrem Einkommen und ihren Ausgaben sorgfältig umgehen müssen und nichts dafür übrig haben sollten, anderen Profite zu verschaffen, die sie sich selbst als genossenschaftliche Ersparnisse erhalten können.

Die Sehnsucht nach wahrer Freundschaft und Liebe ist nur ein Vorrecht zarter und innerlich gebildeter Seelen. Weniger zarte und durch die Außenwelt betäubte Gemüter haften sich wechselnd und vorübergehend an, und erreichen niemals den wahren Frieden, einer in dem andern.

\*) Aus dem gleichnamigen Roman von Upton Sinclair.



**Stimmen zur Ablehnung des Extrabeitrages.**

**Der abgelehnte Extrabeitrag.**

Es ist des Schweiges aller Edlen wert, zu erforschen, warum von 100 Zahlstellenverwaltungen sich 51 gegen einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 und 20 Pf. ausgesprochen haben. Zweifellos hat eine Befragung der einzelnen Mitglieder nicht stattgefunden und darum dürfte bei den angeblich 30318 Reinfolgern ein nicht unerheblicher Prozentsatz sein, der trotz der Erklärung der Ortsverwaltungen bereit wäre, ein Scherflein zur Vinderung der Not unserer Ausgesteuerten zu opfern. Wenn auch Extrabeiträge noch nie beliebt waren und im allgemeinen auch nicht zu empfehlen sind, dann muß aber in so schwerer Zeit wie jetzt das Wort Geltung bekommen: Keine Regel ohne Ausnahme!

Es ist zugegeben, daß heute auch die in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen schwer um ihre Existenz ringen müssen, daß die Beiträge für Sozialversicherung und die Befastigung für sonstige notwendige Verpflichtungen eine fast unerträgliche Höhe annehmen. Aber wenn wir demgegenüber sehen, daß unsere ausgesteuerten Arbeitsbrüder nur ein Drittel bis ein Viertel des Einkommens haben wie die in voller Beschäftigung Stehenden, dann müssen wir doch sagen, daß dieser keine verlangte Beitrag in der Woche auch noch übrig sein muß.

Solidarität! Ist es ein leerer Begriff? Sollen wir nicht den Begnern und den uns noch Fernstehenden zeigen, daß wir nicht nur mit Worten groß sind, sondern in schwerer Zeit auch mit Taten? Die deutsche Arbeiterkassette hat mehr als einmal glänzend bewiesen, was sie bei großen Arbeitskämpfen im In- und Ausland an Opfermut aufgebracht hat. Sollte es da nicht möglich sein, von den Volkverdienern eine Hilfsaktion zugunsten unserer eigenen ausgesteuerten Verbandsangehörigen erwarten zu dürfen?

Berichte einzelner Zahlstellen lassen erkennen, daß sie örtlich versuchen, einen Ausgleich zu schaffen. Nur hat das oft seine Schwierigkeiten. Der Erfolg von Sammelkassen ist meistens so, daß er für die Folge nicht aufmunternd wirkt und es ist auch keine Regelung für längere Zeit. Bei Erhebung eines örtlichen besonderen Extrabeitrages finden sich vielfach „gute Gemerkschafter“, die „prinzipiell“ nicht zahlen, da keine statistische Verpflichtung vorliegt.

Wie es im Lande aussieht, dafür ein Beispiel aus einer kleinen Zahlstelle mit rund 100 Mitgliedern. Infolge des Konkurses einer Firma und infolge sonstigen schlechten Geschäftsganges sind 40 Proz. arbeitslos und ausgesteuert. Arbeit steht für lange Zeit nicht in Aussicht. Auf Anregung der Ortsverwaltung beschloß die Mitgliederversammlung im Juni die Erhebung eines außerordentlichen Beitrags für Gehilfen von 1.— M., für Kolleginnen von 25 Pf. je Woche, um aus dessen Ertrag und mit Zuschuß aus Lokalmitteln einen bescheidenen monatlichen Zuschuß an die Ausgesteuerten zu geben. Lobend sei erwähnt, daß der überwiegende Teil der Mitglieder gern und freudig diesen Beitrag zahlte in der richtigen Erkenntnis, daß der anderen Leid von heute sei selbst morgen auch treffen kann. Leider muß aber auch festgestellt werden, daß ein Teil langjährig gutverdienender Mitglieder die Zahlung ablehnte oder einen geringeren Beitrag abführte als beschloßen war. Um die daraus sich ergebenden Unstimmigkeiten zu beseitigen, wurde durch einen neuen Beschluß nach zweimonatiger Dauer der Sonderbeitrag auf 50 Pf. für Gehilfen und 15 Pf. für Kolleginnen ermäßigt. Schuld an den Unstimmigkeiten und der Zahlungsverweigerung war in der Hauptsache, daß sich angeblich 30 000 Mitglieder weigerten, überhaupt etwas zu tun. Wenn nun, wie Beispiel zeigt, eine Mitgliedschaft mit Entlohnung in der 4. Ortsklasse einen bedeutend höheren Beitrag zu zahlen bereit ist und schon seit Monaten zahlt, als er vom Verbandsvorstand verlangt wurde, dann muß es für das Gros der Kollegenschaft mit tariflicher Entlohnung in der 1. und 2. Ortsklasse Ehrensache sein, diesen geringen Beitrag zu zahlen für einen Zweck, dessen Begründung heute überflüssig sein dürfte. Der Zahl der Mitglieder nach zu urteilen sind es in erster Linie die großen und größten Zahlstellen, die eine ablehnende Haltung einnehmen. Das ist unrecht. Gerade diejenigen, die doch den Kern der Organisation darstellen sollten, müßten mit glühender Begeisterung und opferbereitem Willen alles mitreißen, was sich etwa in enger,

egoistischer Art in den Weg stellt, müßten Vorbild sein denen da draußen im Lande, die noch nicht von großstädtischem großzügigen Geiste befeelt sind, müßten allen nicht durch eigene Schuld in Not geratenen Verbandsangehörigen laut und vernehmlich zurufen: „Wir sind da, stark, treu, hilfsbereit!“ Nar dann hat das Wort „Solidarität“ einen Sinn.

Rechnen wir als außerordentlich günstiges Moment für die Mitglieder großer Zahlstellen noch hinzu, daß sie voll die Segnungen eigener Bureaus mit all ihren Einrichtungen genießen und daß sie durch ihre unabhängigen Angestellten eine intensive Vertretung ihrer Interessen haben, die anderswo nicht immer in dem Maße vorhanden ist, dann müßte schon aus diesem Grunde eine Verneinung des Extrabeitrages in diesen Orten als ausgeschlossen gelten.

Kollegen, Kolleginnen! Worunter heute die einen leiden, das kann in nächster Zeit auch uns treffen. Darum gebt eure ablehnende Haltung auf! Veranlaßt sofort eure Ortsverwaltung zu einer zustimmenden Erklärung an den Verbandsvorstand, damit wenigstens ab 1. Oktober der bescheidene Extrabeitrag obligatorisch für Vorkoerdiener eingeführt werden kann.

**Darum!**

Nachdem nun der Vorschlag des Verbandsvorstandes betr. Erhebung eines Extrabeitrages für die Ausgesteuerten durch die Mehrheit abgelehnt worden ist, sind in unserer Zeitung von einigen Kollegen verschiedene Artikel veröffentlicht worden, die sich mit den „Ablehnern“ befassen. Bis jetzt hat aber noch keiner gewagt, der anderen Seite zu zeigen, was die Ursachen der Ablehnung waren. Es ist auch hier das Sprichwort gut angebracht: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide.“ Mögen die Meinungen in den einzelnen Zahlstellen verschiedener Art gewesen sein, die zur Ablehnung bewogen haben, im nachfolgenden sollen die Hauptgründe klargestellt werden, die unsere Zahlstelle veranlaßte, dem gemäß gut gemeinten Vorschlag des Verbandsvorstandes unsere Zustimmung nicht zu geben.

Da wir bei den Einfassierungen von Extrabeiträgen übliche Erfahrungen gemacht haben und nicht nur allerhand Vorwürfe übelster Art zu hören bekamen, sondern auch einige Abmeldungen buchen konnten, sahen wir auch jetzt wieder alle diese Erscheinungen zu Tage treten. Ist es doch jetzt für die örtlichen Funktionäre besonders schwer, das noch übrig gebliebene Häuflein zur Stange zu halten. Der direkte und indirekte Lohnabbau, hauptsächlich in der Kartonnagenbranche und alle die anderen Nebenercheinungen, die sich sonst noch bemerkbar machen, tragen Gründe herbei, die bei den nicht „Allzufesten“ Wasser auf die Mühle schaffen und mit noch anderen uns den Rücken kehren würden. Es war daher jetzt ein nicht allzu günstiger Zeitpunkt, zu dem der Verbandsvorstand mit seiner Anregung gekommen ist. Nicht Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen gegenüber sind die Gründe unserer Ablehnung, sondern eine weitere drohende Flucht der Mitglieder. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, daß den ausgesteuerten Kollegen und Kolleginnen eine Unterstützung aus der Lokalkasse gezahlt werden soll. Es tauchen nun Einwendungen auf, daß die Lokalkassen dies nicht tun können, da auch hier „Ebbe“ ist. Man muß sich nur bei der Führung der Lokalkasse des Zweckes eingedenk sein, zu was sie da ist, und Sparsamkeit gepaart mit Idealismus der örtlichen Funktionäre helfen beitragen, das aufzubringen, was die Not mit zu lindern hilft. Man braucht auch nicht dazu überzugehen, den Lokalbeitrag übermäßig zu erhöhen. Wir haben bei 5 und 10 Pf. Beitrag die Woche und etwa 60 Mitgliedern seit Stabilisierung der Goldmark einen Lokalkassenbestand von über 500 M. Also der Gedanke, daß die Lokalkassen hier eingreifen müssen, war mit tonangebend zur Ablehnung. Nach dieser Sachdarstellung glauben wir, daß wir doch nicht ganz so „herzlos“ gewesen sind. Auch alle die sonstigen Anschuldigungen sind bei uns nicht stichhaltig, wir wollen eben den vom Unglück Betroffenen auf andere Art helfen. Beschämend ist es nur für diejenigen, die sich einer Erklärung an den Verbandsvorstand überhaupt entziehen. Hoffentlich findet von diesen einer den Mut, auch öffentlich zu sagen, was sie zu den „großen Schweigern“ stempelte

Kurt Junke.

**Erster Bezirkstag des Bezirks Ostpreußen.**

In Königsberg fand am 28. und 29. August der erste Bezirkstag des neugebildeten Bezirks Ostpreußen statt. Die abgechnittene Lage des deutschen Gebietes rechts des polnischen Korridors erheischte eine persönliche Fühlungnahme mit den Kollegen der Provinz, um eine lebhafteste Agitation betreiben zu können, die seit dem Eingehen Königsbergs als Gauvorort nicht mehr möglich war. Um allen Königsberger Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit zu geben, unsern Gauleiter Kollegen Lemser-Berlin kennenzulernen, fand am 28. August eine Vorkonferenz statt. Kollege Kleinfeld hatte hier Vertreter aus neun Orten der Provinz zu begrüßen, die er herzlich willkommen hieß.

Aus dem Vortrag des Kollegen Lemser konnte man viel Wissenswertes in sich aufnehmen. Nach einem kurzen Ueberblick über die Vergangenheit der allgemeinen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung der damaligen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, schilderte er, wie infolge der Gründung und Entwicklung unseres Verbandes auch die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Berufsangehörigen sich besserten. Waren die Fortschritte anfangs auch nur mäßige, da die Industrialisierung in unserm Berufe nur langsam sich vollzog, dann können wir uns heute infolge der mit den einzelnen Unternehmerorganisationen abgeschlossenen Reichstarije, die zum Teil als rechtverbindlich bestehen, den anderen Verbänden getrost zur Seite stellen. Lemser ging noch besonders auf die jetzt bestehenden Löhne in der Ostprovinz ein und zeigte an Hand der Statistik und speziell für Königsberg, wie günstig sich diese gegenüber denen dieser anderer Berufe entwickelt haben. Die Erhaltung bzw. Verbesserung der Arbeitsbedingungen sei aber nur möglich durch eine starke und schlagfertige Organisation. Daher müsse jeder seine vornehmste Pflicht darin sehen, alle uns noch Fernstehenden zur Organisation zu führen.

Nach diesen, heißfällig aufgenommenen Ausführungen ging Kleinfeld auf die Entwicklung der Zahlstelle Königsberg ein und gedachte im besonderen des 25jährigen Bestehens derselben im vorigen Jahre. Auch er spornete die Versammelten zur Mitarbeit an und fand Verständnis. Nach Schluß der Versammlung verließen die Anwesenden noch einige Stunden gemüthlich beisammen.

Während der Sonabend zum Teil der Bergangeheit und dem Augenblick dienste, begann der Sonntag mit erster Arbeit für die Zukunft. Nach kurzen Eröffnungsworten überreichte Kleinfeld dem Kollegen Matigewski-Insterburg die Ehrenurkunde des Verbandsvorstandes für 25jährige Mitgliedschaft und gedachte seiner treuen Mitarbeit für den Verband in seiner Heimat.

Alsdann ging man an die Erledigung folgender Tagesordnung: 1. Situationsbericht, 2. Berichte der Delegierten, 3. Reichstarije, 4. Arbeitsnachweis, 5. Verschiedenes.

Kleinfeld führte aus, daß seit Jahren die Königsberger Kollegenschaft bemüht gewesen ist, das weitläufige Gebiet östlich des Korridors agitatorisch zu bearbeiten. Der großen Entfernungen wegen läßt sich eine intensive Agitation vom Gauvorort Berlin nicht so betreiben, wie es im Interesse der Provinzkollegen erforderlich ist. Neue Anregungen nahmen die Kollegen Kleinfeld und Kohnert 1924 vom Gautag in Kottbus mit nach Hause. Heute stehen wir vor dem Erfolg unserer Bestrebungen: Ostpreußen ist Agitationsbezirk im Gau Nordosten und Königsberg als Bezirkszahlstelle ausgebaut. Dadurch ist der erste Stützpunkt des Provinzkollegen näher gerückt. Wir haben nun mit deren Hilfe die Aufgabe zu erfüllen, alle dem Verbands fernstehenden Kollegen an uns zu ziehen und dadurch die wirtschaftliche Lage unseres Berufes zu heben. Eine große Arbeit gilt es zu leisten, zu der Königsberg mit Anregungen, Rat und Tat, Agitationsmaterial und persönlicher Hilfe bereit ist. Ein guter Anfang ist gemacht dadurch, daß sich die Mitgliederzahl in der Provinz seit dem Bestehen der Bezirkszahlstelle um etwa 50 Proz. gehoben hat.

Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß dort ein großes Arbeitsfeld auf uns wartet. Neben mangelhaft bezahlten Kollegen findet man auch solche, die in verantwortlicher Stellung entsprechend entlohnt werden. Ein großes Uebel scheint Ueberfremdung der achtstündigen Arbeitszeit zu sein. Ein Kollege konnte von einer Tätigkeitsfabrik berichten, die elf Stunden arbeiten läßt. Lemser anerkannte die schwierige Lage unserer Ostprovinz, er hat daher auch die Bildung eines östlichen Agitationsbezirks befürwortet. Auf das Arbeitszeitunwesen werden die Gewerbeaufsichtsbehörden aufmerksam zu machen sein. Wenn die Kollegen Mißstände und Misse verlaublichen lassen, wird es an unserer Hilfe nicht fehlen. Die Berufsstatistik von 1925 gibt uns Unterlagen für Agitationszwecke. Die Pflicht jedes Kollegen ist es, die Fragebogen genau auszufüllen, wie überhaupt regen Verkehr mit dem Bezirksvorstand zu unterhalten.

Burgstädt.

Zum Punkt Reichstarife erörterte Lemser die Entstehung und Entwicklung des Tarifgedankens in der Kollegenschaft. Gab es lange Zeit hindurch eine gewisse Gegnerschaft in einem Teil unserer Mitglieder, dann kann man jetzt nicht mehr davon sprechen. Durch das Erlassen aller Teile des Arbeitsverhältnisses in den Reichstarifen ist eine gewisse Stabilität im Wirtschaftsstellen geschaffen, von der beide Tarifcontrahenten Nutzen haben. Er forderte alle Kollegen auf, den für sie in Betracht kommenden Tarif sich zu beschaffen, damit sie von allen Bestimmungen unterrichtet sind und vor Schaden bewahrt werden. Kleinfeld ging näher auf einzelne Bestimmungen der für Ostpreußen hauptsächlich in Betracht kommenden Reichstarife ein und erläuterte diese.

Der Beschluß des Bezirksvorstandes, den früher durch uns betriebenen Arbeitsnachweis wieder ausleben zu lassen, wurde vom Kollege Kohnert begründet und von den Versammelten mit Freuden aufgenommen, da die Provinzkollegen, vom Arbeitgeber im Bedarfsfalle nach Arbeitskräften befragt, ratlos waren. Ost sind dadurch Richterwandler eingestellt worden. Es wird diesbezüglich mit den Arbeitgebern in Verbindung getreten werden.

Nachdem verschiedene Anfragen erledigt waren, ermächtigte Lemser die Delegierten, treu zum Verbands zu halten. „Der einzelne kann nichts, gemeinsam können wir alles“, das soll die Devise sein für die uns bevorstehende Arbeit. Kleinfeld schloß den Bezirkstag mit einem Hoch auf den Verband. Nach dem gemeinsamen Mittagessen mußten einige Kollegen abreisen, mit den noch verweilenden beschäftigten die Königsberger die Außenstadt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die vom Bezirkstag ausgeleitete Saal in dem schweren Boden Ostpreußens ihre Früchte tragen wird.  
H a u p t m a n n - Königsberg.

**Berichte.**

**Flensburg.** Unsere Versammlung vom 26. August stimmte der nachstehenden Entschließung einstimmig zu: „Die heutige, ordnungsmäßig stattfindende Versammlung kann sich nicht beruhigen darüber, daß keine zentrale Regelung der weiteren Unterstützung der ausgesteuerten Kollegen möglich wurde. Sie erwartet nunmehr vom Verbandsvorstand und Beirat die Ausfindigmachung irgendeines anderen Weges bis zum diktatorischen Vorgehen.“

**München.** Am 7. September versammelte sich die im Steindruck beschäftigte Buchbinderei-Arbeiterschaft, um den Bericht über die beim Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen entgegenzunehmen. Faust gab einen Ueberblick über die schon seit Mai laufende Bewegung. Alle Hinweise auf die derzeitige ungünstige wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, die einen Lohnabbau nach keiner Richtung rechtfertigt, vermochten nicht, die Arbeitgeber einer besseren Einsicht zugänglich zu machen; das berührt um so eigentümlicher, als der Abbau gerade bei der Gruppe beginnen soll, die stets die letzte im Aufbau war. In wiederholten Verhandlungen, in denen ein Lohnabbau bis zu 40 Proz. in den unteren Lohnstufen verlangt wurde, konnte ein Resultat nicht erzielt werden. Im Juli suchten nun die Unternehmer vor der hiesigen Schlichtungskammer eine Entscheidung herbeizuführen: Sie fanden jedoch keine Gegenliebe, ihr Vorhaben wurde zunächst abgelehnt mit der Begründung, beide Parteien sollten sich noch einmal direkt zusammensehen. Die darauf folgenden Verhandlungen brachten zwar Verbesserungen insofern, als der Abbau der Gehaltslöhne geschränkt wurde, bei den Arbeiterinnen machte man einige Zugeständnisse, im allgemeinen aber sollte unbedingt eine Lohnkürzung stattfinden. Die Kollegenschaft lehnte dieses Ansuchen ab.

Am 12. Juli wurde nun unsere Kollegenschaft mit einem Rundschreiben beglückt, daß mit dem 28. August eine Lohnkürzung durchgeföhrt würde. Am 4. September sollte nun die Schlichtungskammer entscheiden, ob dieses Diktat der Arbeitgeber zu Recht bestände: Es konnte auch hier keine Einigung erzielt werden. Der Schlichter fällt nun von sich aus einen Spruch, der als Nooum bezeichnet werden muß. Obwohl ein Angebot des Herrn Dr. Kramer vorlag, suchte der Schlichter das schlechte Angebot des Diktates mit den alten Löhnen als Spannungsleistungen zu verquiden, ohne irgendwelche Kommentierung. Die Folge davon war nun die Auszahlung der Diktatlöhne, während die Leistungslöhne unberücksichtigt blieben. Die Versammlung lehnte einstimmig diesen Schlichterspruch ab.

Kollege Müller kennzeichnete das sonderbare Gebaren des Schlichters. Während es doch bisher üblich war, daß die Spruchpraxis den Parteien auf der Mitte entgegen kam, könne man hier ohne weiteres sagen, daß die derzeitige politische Windingrichtung nicht ohne Einfluß auf die Schlichtungsstellen geblieben ist, sonst wäre die einseitige Festlegung des Unternehmer-Diktats eine Unmöglichkeit gewesen.

Die äußerst lebhafteste Aussprache brachte die einmütige Entrüstung der Versammelten zum Ausdruck und den geschlossenen Willen, ein solches Diktat der Unternehmer unter keinen Umständen anzunehmen.

**Stuttgart.** Am 4. September fand unsere Feier des „Guten Montag“ statt. Es mag etwas altmodisch klingen, wenn man von einem „Guten Montag“ spricht, wie aus den Zeiten, in denen das Wort „Blauer Montag“ noch geläufig war. Und in der Tat, der Brauch, den „Guten Montag“ zu feiern, ist schon Jahrzehnte alt. Er hat sich, abgesehen durch Modifikationen, denen die Feier nach und nach unterworfen war, bis auf den heutigen Tag erhalten. Schon längst wird der Tag nicht mehr am Montag, am Tag keines Namens gefeiert, sondern der Zweck der Rationalisierung der Arbeitszeit bedingt es, daß die Feier auf eine Zeit verlegt wurde, in der Ausfall an Arbeitszeit nicht entsteht. Ganz ohne Widerstand der Kollegenschaft, die den alten Brauch hoch halten wollte, ist es dabei nicht abgegangen. Bekannt ist, daß ein „Guter Montag“ nicht nur hier, sondern auch in Berlin, vielleicht auch noch anderswo in Buchbinderkreisen gefeiert wird. Wahrscheinlich hatte diese Feier ursprünglich den Sinn, an Stelle eines Stiftungsfestes, vielleicht auch als Abschluß der Zeitperiode, die wir unter dem Namen „Saure Gurkenzeit“ kennen, zu gelten, denn hier in Stuttgart fällt die Feier auf den ersten Montag im September, also eine Zeit, in der bei normalen Geschäftszeiten die „Saifon“ einsetzt. Mit der Zeit hat sich dieser Brauch der Dinge stark verändert.

Die Feier ist zu einem Familien- und Kinderfest für die örtliche Buchbinderwelt geworden. Heute war mit der Feier auch die Ehrung derjenigen Kollegen und Kolleginnen verbunden, die im Jahre 1926 auf eine 25 jährige Mitgliedschaft in unserem Verbands Kollegen und Kolleginnen: R. Anders, W. Beyerbach, A. Brändle, W. Egert, W. Ganzhorn, F. Jenner, W. Kneiler, H. Konzelmann, A. Luitbard, G. Schneider, E. Wanner, H. Werner und Frida Ufer. Gauleiter Hemminger gedachte der Jubilare in einer ehrenden Ansprache und lobte ihre Treue und Lieberzeugung. Im Namen des Verbandsvorstandes überreichte er ein geschmackvolles Gedenkblatt und überbrachte die Glückwünsche des Verbandsvorstandes, der Gauleiter der Jahrestelle Stuttgart. Die Jahrestelle hatte es übernommen, die Jubilare, die an einer mit Blumen geschmückten Tafel vereint waren, an ihrem Ehrentag zu bewirten. Den konzertlichen Teil des Programms hatte die Kapelle Boyer und der Buchbinder-Männerchor unter Leitung seines Dirigenten, Musikdirektor Berthold, übernommen, die die flott vorgetragenen Instrumentalen und gesanglichen Genüsse mit reichem Beifall besahen.

Aber die Hauptlade für unsere Kinder waren doch die in der Pause zur Verteilung gelangten Gaben. Rund 314 Portionen mußten laut Anmeldungen hergerichtet werden. Das war ein Andrang und eine Aufregung, bis jedes kein Körbchen mit Butter, Brötchen, Torten und Lampion sich „ertämpft“ hatte! Ein Bild, wie es leiser im ganzen menschlichen Leben immer zu beobachten ist, ein Hehen und Zagen um ein bißchen Güt und Brot, wo doch alle glücklicher leben könnten, wenn mehr Philosophie in den Köpfen wäre. Die anwesenden arbeitslosen Kollegen wurden mit einer Gabe und einem Zebrged bedacht. Nach Ende der Nachmittagsunterhaltung, die bei schönem Wetter und besser Stimmung bei jung und alt im Garten stattfand, stellte sich die Jugend mit ihren Packen zu einem Rundgang auf. Kollege Seeg führte den Packenzug an durch die Silberburganlagen, Tübinger Straße

zurück zum Garten, wo der Zug unter Ausbringung eines „Hoch“ und unter ausgelassener Freude der Jugend von 18 bis 7 Jahren auf das Parkett im Saal begeben, wo sie bei guter Temperatur das Tanzbein in Bewegung setzten. Ein großer Teil „Bemühtiger“ ließ es sich dagegen im kühlen Garten weiter gut sein, bis die Mitternachtsstunde zum Aufbruch mahnte und der heurige „Gute Montag“ so am Sonntag früh sein Ende fand. Möge doch auch heute das Symbol der „Guten Montage“ früherer Jahre in Erfüllung gehen und diese Feier ein Wendepunkt in dem Beschäftigungsgrad sein, daß unsere vielen erwerbslosen und verkürzt arbeitenden Kollegen und Kolleginnen bald überhaupt wieder einen Verdienst haben. Mit diesem Wunsch aus der Begrüßungsansprache des Zahlstellen-Bevollmächtigten sind wir wieder in das Alltagsleben zurückgekehrt.

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. verw. Geschäftszweige.**

Die am 23. und 24. August in Cassel tagende Generalversammlung der Kasse ermächtigte den Vorstand und Aufsichtsrat, an die ausgesteuerten Mitglieder 3000 Mkt. aus dem Fonds im Verhältnis der Mitgliedszeit als besondere Unterstützung zur Verteilung zu bringen. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, die für diese Unterstützung in Frage kommenden Kollegen bis spätestens Mittwoch, den 22. September 1926 bei uns zu melden.

Die Verhandlungen der Generalversammlung sind stenographisch aufgenommen worden. Die Drucklegung des Protokolls wird nach Möglichkeit beschleunigt. Die Verwaltungen erhalten eine angemessene Anzahl Druckstücke kostenlos zur Verfügung gestellt.

Der Vorstand. S. A.: G. J i n t e.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

1. Heimvolkshochschule in Tinz. Im Januar 1927 beginnt in der Heimvolkshochschule in Tinz ein neuer Lehrgang. Die Heimvolkshochschule ist bekanntlich eine Weltanschauungsschule und vermittelt ihren Schülern in der Hauptsache Einblick in die Gebiete der Wissenschaft, die für die Arbeiterschaft von allgemeinem Interesse sind.

Der Lehrgang ist wieder auf die Dauer von fünf Monaten berechnet. Zugelassen sind diesmal junge Männer von 18 bis höchstens 30 Jahren.

Bewerbungen sind bis zum 2. Oktober an die zuständigen Gauleiter zu richten und von diesen spätestens bis zum 6. Oktober an uns weiter zu leiten. Die Bewerbungen müssen von den Bewerbern selbst geschrieben sein und müssen enthalten Angaben über ihren Lebenslauf sowie über ihren bisherigen Bildungsgrad, ihre Berufstätigkeit und über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Auch ein Ausfluß über die Bedeutung einer gründlichen Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre ist der Bewerbung beizulegen.

Alles Nähere erfahren die Bewerber durch die Gauleiter. Formulare für Bewerbungsschreiben sind ebenfalls durch die Gauleiter zu beziehen, müssen dort aber möglichst frühzeitig angefordert werden.

2. Der Kollege Julius Harter aus Keutlingen hat bei Funktionären süddeutscher Zahlstellen durch unwahre Angaben Unterstützungen zu erlangen versucht und teilweise auch erhalten. In einem Falle hat er einen Funktionär erheblich geschädigt.

Wir warnen vor Harter und bitten, wenn er sich wieder irgendwo meldet, sein Mitgliedsbuch einzuziehen und an uns einzusenden.

**Adressenänderungen.**

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.  
 Cöbe. B.: R. Niemöller, Kerbringstr. 11 I.  
 K.: E. Hädrich, Biecherstr. 21 II.  
 Auszahlung: Wochentags von 5-6, Sonntags von 2-3 Uhr.  
 Würzburg. B.: E. Kleinhenz, Einsleinstr. 16 I.  
 K.: G. Waig, Kleine Rahengasse 7 III.  
 Auszahlung: Wochentags von 12½-1½, Sonntags 12-1½ Uhr.

Der Verbandsvorstand.

**Inhaltsverzeichnis.**

Die Arbeit unseres Verbandes  
 Der Arbeitsmarkt im August.  
 Wo steht der Feind?  
 Bieg - Stiegau - Habelschwerdt.  
 Hoher Lohn senkt die Unkosten - niedriger Lohn bringt Preisserhöhung.  
 Das Gewerkschaftsrecht in Deutschland.  
 Die Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.  
 Zur Unterhaltung: Die Heide blüht (Gebicht) - Im Heim eines Bücherratten - Die Wechsel - Ersparte Millionen.  
 Stimmen zur Ablehnung des Extrabeitrages: Der abgelehnte Extrabeitrag - Darum.  
 Erster Bezirkstag des Bezirkes Ostpreußen.  
 Berichte: Flensburg - München - Stuttgart.  
 Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.  
 Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Heimvolkshochschule in Tinz - Warnung (Harter - Keutlingen) - Adressenänderungen.